



Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Fairness auf dem Arbeitsmarkt - Existenzsichernden Mindestlohn jetzt einführen

Drucksache 17/ 1958

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest: Die Deregulierung des Arbeitsmarktes im Zuge der Hartz - Reformen hat zu einem explodierenden Niedriglohnssektor geführt. Es ist nicht hinnehmbar, dass 27% der in Vollzeit arbeitenden Menschen in Schleswig-Holstein nach einer Studie der Bundesagentur für Arbeit vom November dieses Jahres Armutslöhne erhalten.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert daher die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, der für einen Alleinstehenden bei Vollarbeitszeit existenzsichernd ist und verhindert, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach einem langen Erwerbsleben im Alter auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind.

Die absolute Untergrenze des Mindestlohns liegt bei 10,00 Euro. Die Höhe des Mindestlohns soll jährlich mindestens um die Inflationsrate steigen.

Ein Mindestlohn ist auch deshalb erforderlich, um zu verhindern, dass subventionierte Dumpinglöhne aus staatlichen Mitteln den Unternehmen im Wettbewerb ungerechtfertigte Vorteile verschaffen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Initiative in den Bundesrat einzubringen und zu unterstützen, die sich für die Einführung eines gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohns einsetzt.

Björn Thoroé
und Fraktion